

Sind die deutschen Bankenstrukturen reformbedürftig?

Zu diesem Thema hatte die **Forschungsgesellschaft für Genossenschaftswesen Münster** zu einer öffentlichen Vortragsveranstaltung anlässlich ihrer Mitgliederversammlung eingeladen. Da Prof. Dr. **Wernhard Möschel** die Aufgabe des Referenten übernommen hatte, stand die Antwort schon fest, bevor er auch nur ein Wort gesagt hatte. Ist doch Möschel in der Vergangenheit als einer der entschiedensten Verfechter einer Privatisierung öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute aufgetreten. Und entsprechend enttäuschte der *"führende Wettbewerbsrechtler Deutschlands"*, als den ihn **Hans-Bernd Wolberg**, Vorstand der **WGZ BANK**, in seiner Begrüßungsansprache vorstellte, diese Erwartungshaltung nicht. Während Wolberg aus Sicht der Verbraucher und der dezentralen Verbände Zweifel an der Notwendigkeit einer Änderung äußerte, steht für Möschel fest, daß eine solche unumgänglich ist: "Das Drei-Säulen-Modell ist nicht zukunftsfähig. Die Struktur hat die deutsche Kreditwirtschaft an die Wand gefahren." Dieser Befund überrascht angesichts der langjährigen Thesen Möschels zwar nicht, schaut man allerdings auf die Ergebnisse der deutschen Kreditwirtschaft des abgelaufenen Jahres, stellt sich schon die Frage, wie Möschel zu dieser Erkenntnis kommt. Für ihn ist die Antwort vergleichsweise einfach: "Die Hälfte des Marktes wird von staatlichen Banken beherrscht. Mit Ausnahme der Deutschen Bank ist kein deutsches Kreditinstitut vor einer Übernahme gefeit. In Brüssel sieht man in dieser Konstellation ein Hindernis der Konsolidierung der Bankenlandschaft in Europa." Dies alles ist zutreffend, es ist aber die Frage, ob dieser Befund tatsächlich zu einer Reform der Strukturen zwingt.



Schon Wolberg hatte in seiner Begrüßung darauf verwiesen, daß die Verbraucher in Deutschland von den angeblich überkommenden Strukturen in Form extrem günstiger Preise und flächendeckender Angebote profitieren. Das räumt auch Möschel ein, seiner Auffassung nach sind die günstigen Preise aber für die niedrigen Renditen deutscher Großbanken verantwortlich, weshalb diese wiederum im internationalen Wettbewerb keine Chance hätten. Nun wird man schon darüber streiten können, ob tatsächlich die niedrigen Preise für die niedrigen Renditen der deutschen Großbanken verantwortlich sind. Es gibt da wohl auch andere Gründe, wie auch Möschel unter Hinweis auf diverse Strategieänderungen der Großbanken eingestand. Und wieso kann eine **ING DiBa** unter den gleichen Wettbewerbsbedingungen in Deutschland fünf Millionen Kunden innerhalb von nicht einmal fünf Jahren gewinnen, die deutschen Großbanken aber nicht? Aber selbst wenn es so wäre, stellt sich doch die Frage, ob es dann Aufgabe des Staates sein kann, dafür zu sorgen, daß die Renditen der Banken steigen, was im Ergebnis unweigerlich auch zu höheren Preisen für die Verbraucher führen würde. Eine Frage, die auch Dr. **Richard Böger**, Vorstandsvorsitzender der **Bank für Kirche und Caritas**, Möschel stellte. Böger verwies darauf, als Volkswirt in Münster gelernt zu haben, daß nicht hohe Gewinne eines Oligopols Ausweis einer funktionierenden Volkswirtschaft, sondern preiswerte Leistungen für alle Kunden das Ziel einer gesunden Marktwirtschaft sind. Möschel konterte diesen bekannten Einwand mit der These, daß niedrige Preise für die Verbraucher per se nichts Schlechtes seien, wenn sie Ergebnis des Wettbewerbs sind, *"in Deutschland sind sie aber Ergebnis einer Wettbewerbsverzerrung"*.

Auch **Erich Rödel**, Vorstandsvorsitzender der **Münchener Hypothekbank**, äußerte erhebliche Zweifel, ob denn das aktuelle System wirklich so reformbedürftig ist. Rödel brachte es auf die prägnante Formel: "Es ist ja nicht nur die Frage, was wir nicht wollen, sondern was wir statt dessen wollen. Wollen wir wirklich ein System, wo einige wenige den Markt beherrschen und dann die Preise diktieren?" Rödel verwies auf das System in Großbritannien, wo vier bis fünf Banken den Markt beherrschen. Englische Mittelständler zahlten deutlich höhere Kreditzinsen als deutsche Mittelständler, obwohl sie wesentlich höhere Eigenkapitalquoten aufweisen. Im übrigen habe er den Eindruck, andere Staaten schotteten sich viel stärker gegen ausländische Wettbewerber ab, als es Deutschland tue. Dies wiederum wollte Möschel zwar nicht bestreiten, hielt aber nichts davon, sich darauf berufen zu wollen. Möschel blieb bei seiner Forderung: Der öffentlich-rechtliche Sektor müsse privatisiert werden. Die Kommunen sollten das Recht erhalten, ihre Sparkassen zu veräußern, ohne daß sie dazu gezwungen werden dürften, und der genossenschaftliche Sektor sollte sein Regionalprinzip, das wie ein Gebietskartell wirke, aufgeben. Die optimale Rechtsform der privatisierten Sparkassen ist für Möschel die Aktiengesellschaft. Das wollte Rödel angesichts des Veranstalters dann doch nicht auf sich sitzen lassen: Ob er sich denn nicht auch vorstellen könne, Sparkassen in Genossenschaften umzuwandeln, wollte er von Möschel wissen. Der, ganz der *"begnadete Kommunikator, der mit allen Seiten redet"*, als den ihn Prof. Dr. **Theresia Theurl**, Leiterin des **Institutes für Genossenschaftswesen (IfG)**, vorgestellt hatte, erwiderte prompt: *"Es wäre durchaus vorstellbar."* Das hatte auch schon Anfang des Jahres **BVR-Präsident Dr. Christopher Pleister** gemeint (vgl. 'Bi' 05/06). So richtig überzeugt hat dieser Gedanke bisher aber nicht!